

Taiwan nach den ersten gesamtnationalen Parlamentswahlen - der neue Legislativ Yuan und seine zukünftige Bedeutung im politischen System Taiwans

Gunter Schubert

1. Einleitung

Am 19. Dezember 1992 wurde in Taiwan ein neuer Legislativ Yuan (*li-fa-yuan*) gewählt. Es handelte sich dabei um die ersten gesamtnationalen Neuwahlen des taiwanesischen Parlaments überhaupt, da vorher nur sog. "zusätzliche Abgeordnete" (*tseng-e tai-piao*) von der Bevölkerung in dieses Gremium geschickt werden konnten. Damit wurde ein wichtiger Schritt getan, den 1986 eingeleiteten politischen Reformprozeß fortzuschreiben. Der Legislativ Yuan besitzt nun eine vorher nicht gekannte demokratische Legitimation. Die unerwartet hohen Stimmengewinne der Opposition werden ihren zukünftigen politischen Forderungen noch mehr Gewicht verleihen. Unterschiedliche Interessen sind heute weit stärker als früher repräsentiert.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen verweisen jedoch ebenso wie die noch nicht geklärte verfassungsrechtliche Zukunft des Legislativ Yuans auf einige Fallstricke für die demokratische Konsolidierung in Taiwan. Die Regierungspartei *Kuomintang* (KMT), die schon seit längerem unter innerparteilichen Machtkämpfen leidet, sieht sich durch die Aufwertung der Volksvertretung einem zusätzlichen Druck ausgesetzt. Die vielen neugewählten, überwiegend ethnisch-taiwanesischen Abgeordneten werden den Gegensatz zwischen konservativen und progressive(re)n Kräften in der Gesamtpartei verschärfen und der "Weisungsmacht" der Parteispitze zukünftig enge Grenzen zu setzen versuchen. Die *Demokratische Fortschrittspartei* (DFP) kann als Gewinner der Wahlen wieder selbstbewußter die "Unabhängigkeitskarte" spielen.

Im vorliegenden Artikel wird der Autor die Dezemberwahlen hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse auf Taiwan untersuchen. Besonderes Augenmerk soll auf die ausstehende Entscheidung über die Form des neuen Regierungssystems in Taiwan gerichtet werden.

2. Die Wahlen

Der Ausgang der Dezemberwahlen war für fast alle Beteiligten eine Überraschung. Die KMT hatte bei den ein Jahr zuvor stattfindenden ersten freien Wahlen zur Nationalversammlung eine klare Mehrheit erzielt und die sich als *Partei der taiwanesischen Unabhängigkeit* (*t'ai-wan tu-li-tang*) profilierende Demokratische Fortschrittspartei (DFP) klar in die Schranken verwiesen. Obgleich die DFP ihre damalige Niederlage mit massiven Vorwürfen des illegalen Stimmenkaufs seitens der Regierungspartei zu relativieren versuchte und im Vorfeld der nun stattgefundenen Parlamentswahlen bei der *T'ai-tu*-Problematik vorsichtiger vorging, war man in ihren Reihen abwartend-skeptisch. Die Ergebnisse wiesen die DFP dann jedoch als Wahlsieger aus.

Tabelle 1: Sitzverteilung nach den Wahlen zum Legislativ Yuan 1992

	Direkt- mandate	Listen- mandate	Übersee- chinesen	Total	Anteil
KMT	79	19	4	102	63,34%
DFP	37	11	2	50	31,05%
CSDP	1	0	0	1	0,61%
Unabhängige	8	0	0	8	5,00%
Total	125	30	6	161	100,00%

Tabelle 2: Stimmverteilung bei wichtigen Wahlen der letzten Jahre (in %)

		KMT	DFP	Sonstige
Legislativ Yuan	1992 ^a	54,49	30,42	15,09
Nationalversammlung	1991	71,63	23,42	4,95
Legislativ Yuan	1989	61,08	28,37	10,55
Provinz- und Kommunalwahlen	1989	65,02	25,59	9,39
Nationalversammlung	1986	63,16	20,08	16,76
Legislativ Yuan	1986	66,07	21,90	12,03
Durchschnitt	1986-92	63,58	24,96	11,46

a Anderen Angaben entsprechend erzielte die KMT lediglich 53,02%, die DFP aber 31,03% der Stimmen.

(Quelle: Chung-kuo shih-pao, Kung-shang shih-pao, 20. Dezember 1992)

Der Stimmenanteil der KMT sank mit rund 54% auf ein historisches Tief, während die DFP mit über 30% selbst ihre Optimisten erstaunte. Daneben konnten sich nur noch acht unabhängige Kandidaten sowie Chu Kao-cheng, der Gründer der erst zwei Jahre alten *China Social Democratic Party (chung-hua she-hui min-tsu-tang)*¹ behaupten. Obwohl die KMT nach wie vor eine stabile absolute Mehrheit der Sitze besitzt, ist diese gemessen an ihrem tatsächlichen Stimmenanteil nicht unbedingt beruhigend. Die hohe Zahl der KMT-Mandate ist in erster Linie ein Ergebnis des Wahlsystems Taiwans.² Es übervorteilt die Regierungspartei, die in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht nach wie vor die mächtigste politische Kraft auf der Insel ist. In bezug auf ihr Unterstützungspotential in der Bevölkerung hat das Image der KMT nach den Dezemberwahlen also Kratzer bekommen.

2. "Kampf zweier Linien" in der Regierungspartei

Die Stimmenverluste der KMT hingen nicht zuletzt mit massiven innerparteilichen Grabenkämpfen zusammen, die seit den 1989er Wahlen zum Legislativ Yuan zunehmend auch im Parlament ausgetragen werden. Dieser Konflikt zweier unterschiedlicher politischer Lager quer durch die Partei wird auf Taiwan gern mit der Begriffsdichotomie Hauptströmung (*chu-liu*) und Anti-Hauptströmung (*fei-chu-liu*) umschrieben. Gemeint ist damit der seit dem Frühjahr 1990 schwelende innerparteiliche Machtkampf zwischen den Anhängern des Staatspräsidenten und KMT-Chefs Lee Teng-hui (Hauptströmung) und seinen konservativen Widersachern (Anti-Hauptströmung).³ Lee, selbst ein gebürtiger Taiwanese, gilt als Protagonist der KMT-Reformfraktion und stützt seine Macht vor allem auf die jüngeren, vorwiegend taiwanesischen Kräfte in der Partei. Hingegen haben sich die meisten der alten festlandchinesischen Parteifunktionäre sowie die nachrückende Partielite der zweiten festlandchinesischen Generation zunehmend als seine politischen Gegner erwiesen. Diese zweite Fraktion ist nicht gegen politische Reformen an sich, wohl aber gegen die von ihnen so perzipierte Übervorteilung der ethnischen Taiwanese. Hier zeigt sich also die unveränderte Relevanz der Frage der provinziellen Zugehörigkeit (*sheng-chi*) in Taiwan.

Das konservative Lager hatte sich im Vorfeld der 1992er Wahlen hinter den umstrittenen Premierminister und ehemaligen Generalstabschef Hao Po-Ts'un gestellt, der nicht nur von der oppositionellen DFP, sondern auch von vielen taiwanesischen KMT-Kandidaten heftig angegriffen worden war.⁴ Diese Auseinandersetzung wurde von der gesamten Öffentlichkeit intensiv verfolgt. Es entstand der Eindruck, daß es sich bei den Parlamentswahlen nicht primär um eine Auseinandersetzung zwischen KMT und DFP handelte, sondern vor allem um eine Neuauslotung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Regierungspartei selbst. "Bekämpft Hao" (*fan Hao*) und "Schützt Hao" (*hu Hao*) avancierten zu eingängigen Wahlkampfparolen, mit denen sich die beiden Lager gegenüberstanden. In dieser Situation profitierte die DFP ganz offenkundig von ihrer eigenen relativen Geschlossenheit, mit der sie diesmal in die Wahlen ging. Anders als in früheren Jahren konnte sie ihre Fraktionskämpfe erfolgreich eindämmen und sich als geeinte nationale Kraft profilieren. Dieser Aspekt wurde von dem DFP-Vorsitzenden Hsu Hsin-liang auch als letztlich entscheidend für den aus oppositioneller Sicht erfolgreichen Ausgang der Wahlen angesehen.⁵

Auf einer Sondersitzung des Ständigen Ausschusses (*chung-ch'ang-hui*) des Zentralen Exekutivkomitees (ZEK) der KMT vier Tage nach der Wahl geriet der Generalsekretär und enge Vertraute Lee Teng-huis, Sung Ch'u-yü, in die Schußlinie der Konservativen. Er wurde für das Anheizen des ethnischen Konflikts zwischen Festländern und Taiwanese aus wahlkampf-taktischen Überlegungen und die daraus resultierende innerparteiliche Polarisierung verantwortlich gemacht. Auch die negativen Auswirkungen der - vom Ständigen Ausschuss allerdings abgeseigneten - Parteinomинierungen wurden ihm angelastet. So waren zahlreiche nicht aufgestellte Abgeordnete auf eigene Faust angetreten und hatten in zahlreichen Wahlkreisen das Stimmenreservoir der KMT gespalten.⁶ Rücktrittsforderungen wurden von Präsident Lee zwar entschieden abgelehnt, doch gilt als sicher, daß Sung seinen Posten bald aufgeben und ein anderes Amt antre-

ten wird. Es ist klar, daß die Konservativen mit ihrer Kritik nicht nur Sung, sondern die gesamte Hauptströmung einschließlich des Partei- und Staatschefs im Visier hatten.

Bei oberflächlicher Betrachtung schien es zunächst tatsächlich so, als sei Lee Teng-hui der Verlierer der Wahl. Zahlreiche Abgeordnete der *Wisdom Coalition* (*chi-ssu-hui*), einer bis dato einflußreichen pro-Lee-Fraktion im Legislativ Yuan, wurden aus ihren Ämtern gewählt.⁷ Auf der anderen Seite setzte die Anti-Hauptströmung die meisten ihrer Kandidaten durch. Hierzu zählten vor allem die Mitglieder der *New Kuomintang Alliance* (*hsin kuo-min-tang lien-hsien*) - eine dem konservativen Lager zugeordnete Parlamentsfraktion - sowie die mit Unterstützung des Militärs gewählten Abgeordneten (*chün-hsi tai-piao*).⁸ Zudem hatten zwei ebenfalls mit den Parteikonservativen in Verbindung gebrachte renommierte Politiker und Ex-Regierungsmitglieder (Chao Shao-k'ang und Wang Chien-hsüan) die höchsten Stimmzahlen auf sich vereinigt.⁹

Dennoch waren Aussagen über eine zukünftig stärkere Veto-Position der Parteikonservativen im neuen Parlament voreilig. Die Zahl der der Hauptströmung zugeordneten Parlamentarier liegt deutlich über jener des konservativen Lagers und spiegelt damit auch die Machtverhältnisse in der Gesamtpartei wider. Dies zeigte sich schon im Februar 1993 am widerwilligen Rücktritt Hao Po-ts'un und der Nominierung des Taiwanesen Lien Chan zum neuen Premierminister Taiwans. Diesem Votum waren zwar harte innerparteiliche Auseinandersetzungen vorausgegangen, am Ende konnte sich jedoch der von der Anti-Hauptströmung bevorzugte Präsident des Justizyuan Lin Yang-kang nicht durchsetzen.¹⁰ Lien gilt als Vertrauter Lees und ist der erste einheimische Ministerpräsident des Landes. Wäre der Präsident als der Schuldige für die Niederlage ausgemacht worden und innerparteilich in die Defensive geraten, hätte er seinen Kandidaten nicht durchsetzen können. Nach der erfolgreichen Nominierung Liens ist er jetzt aber dazu in der Lage, seine Politik auch in der Exekutive problemlos abzusichern. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall, da Hao Po-ts'un als Speerspitze der Parteikonservativen den Präsidenten zu Kompromissen zwingen konnte. In Anspielung auf das labile Kräftegleichgewicht innerhalb der KMT und das verfassungsrechtlich noch immer sehr vage Kompetenzverhältnis zwischen Präsidentschaft und Exekutiv Yuan sprach man auf Taiwan deshalb lapidar vom System Lee-Hao (*Lee-Hao hsi-t'ung*). Die Parlamentswahlen haben den Präsidenten im Endeffekt also gestärkt.

3. Eine neue Rolle für den Legislativ Yuan?

Bei einer Bewertung der ersten gesamt-nationalen Parlamentswahlen darf der Blick jedoch nicht allein auf die Konsequenzen für den Konflikt zwischen der Haupt- und Anti-Hauptströmung gerichtet werden. Dabei handelt es sich um einen überinstitutionellen Machtkampf, in dem die "ethnische Komponente" eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Was ist aber in der Zukunft konkret von einem Legislativ Yuan zu erwarten, der sich erstmals in seiner Geschichte als veritable Volksvertretung - hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen - bezeichnen darf? Welche gesellschaftlichen Interessen werden heute durch ihn vertreten? Wie groß ist seine institutionelle Unabhängigkeit vom Parteiapparat der KMT? Und wie sieht die verfassungsrechtliche Zukunft des Legislativ YUAN aus?

Der Legislativyyuan als Spiegel gesellschaftlicher Pluralität oder einseitiger Interessendominanz?

Parlamente in Entwicklungsgesellschaften haben in der Regel einen schlechten Ruf. Entweder sie stehen unter der völligen Kontrolle einer sich demokratisch nennenden autoritären Partei und sind lediglich Erfüllungsgehilfen der dort getroffenen Entscheidungen (so z.B. Taiwan bis 1986 und Singapur bis heute) oder sie sind Ort eines elitären Interessenausgleichs zwischen den mächtigsten gesellschaftlichen Gruppen unter Ausschluß der Belange breiter Bevölkerungsschichten (z.B. auf den Philippinen und in Indonesien, aber auch in Thailand bis in die jüngere Vergangenheit). Im zweiten Fall sind politische Parteien lediglich Instrumente einzelner dieser Gruppen.

Einer der Gradmesser für die Demokratisierung von politischen Systemen ist daher die wachsende institutionelle und personelle Unabhängigkeit des Parlaments vom autoritären Parteienstaat. Als Mindestvoraussetzungen müssen hier freie Wahlen und der Wettbewerb von mindestens zwei gleichberechtigten politischen Parteien gelten. Befindet sich eine Gesellschaft auf einem hohen sozialen Stratifizierungsniveau, so ist bei den o.g. Bedingungen mit einer relativ homogenen Interessenrepräsentation im Parlament zu rechnen. Dadurch wiederum werden Demokratisierungsprozesse verstärkt. Ohne ausreichende sozialstrukturelle Differenzierung allerdings besteht die Gefahr, daß das Parlament zum o.g. zweiten Typ degeneriert. Strategische Gruppen (v.a. das Militär, Grundbesitzer, Unternehmer) werden die Volksvertretung in diesem Fall unter einem "demokratischen Mäntelchen" zur exklusiven Interessenbasis umzufunktionieren versuchen.

In Taiwan deutet heute vieles daraufhin, daß der Legislativyyuan die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen bereits auf breiterer Ebene repräsentiert. Eine stabile Mittelschicht, die mit einer Größenordnung von zwanzig bis dreißig Prozent der Gesamtbevölkerung veranschlagt wird,¹¹ hat sich in den letzten Jahren zunehmend politisch organisiert. Soziale Bewegungen, freie Gewerkschaften, Kulturorganisationen, Wirtschaftsverbände, Stiftungen und politische Vereinigungen (einschließlich Parteien) haben an Zahl stark zugenommen. Das Parlament ist in seiner inneren Zusammensetzung zum Spiegelbild dieser Verhältnisse geworden, auch wenn bis zu den letzten Wahlen immer nur eine Minderheit seiner Mitglieder frei bestimmt werden konnte. Der Legislativyyuan ist ein typisches "Mittelklasse-Parlament", in dem Professionals und Unternehmer als quantitativ stärkste Gruppen die aufsteigenden, modernen Gesellschaftssegmente repräsentieren.¹² Die ihnen angehörenden Mitglieder der Opposition haben sich in den letzten Jahren verstärkt zu den Fürsprechern der gesellschaftlichen Randgruppen gemacht. Es ging dabei zwar oft mehr um Wahlstimmen als um idealistische Motive. Immerhin haben aber durch das Engagement der den Mittelschichten zugehörigen Politiker die Interessen z.B. von Arbeitern, Bauern, Frauen und der Eingeborenen überhaupt erst eine parlamentarische Basis bekommen.¹³

Dennoch darf man das Bild nicht zu rosig malen. Modernisierung und Demokratisierung haben den Parlamentarismus auf Taiwan zwar spürbar belebt. Aber ähnlich wie in Japan und Südkorea ist auch er Gefahren ausgesetzt. Dies ist unmittelbar auf die große Bedeutung von Kapital und Unternehmertum in dem

Inselstaat zurückzuführen. "Money politics" (*chin-ch'üan*) ist auf Taiwan zu einem gängigen Begriff geworden. Gemeint ist damit die simple Tatsache, daß fast jeder Abgeordnete einen oder mehrere private Geldgeber hat, um seine extrem aufwendigen Wahlkampfausgaben (einschließlich des inflationären Stimmenkaufs) bestreiten zu können.¹⁴ Sofern die Parlamentarier nicht selbst Unternehmer, Großaktionäre oder stille Teilhaber sind, arbeiten sie - zumeist ehrenamtlich - als Vorstandsdirektoren, Manager und Berater in den Chefetagen großer oder kleiner Privatunternehmen. Gesetzliche Regelungen, die solche Aktivitäten zwingend verbieten, gibt es nicht.

Schon im "Superwahljahr" 1989 war der starke Einfluß des Privatkapitals überdeutlich. Bei den Wahlen zum Legislativ Yuan hatten von 237 Kandidaten 85 erwiesenermaßen enge Verbindungen in die Privatwirtschaft. Von den 83 schließlich gewählten Abgeordneten waren es wenigstens 54 (65%), wahrscheinlich aber mehr.¹⁵ Von den 351 Kandidaten zur Provinzversammlung und den Kreisparlamenten genossen 130 (37%) privatwirtschaftliche Unterstützung, von den 171 erfolgreichen Bewerbern waren es 96 (56%). Immer war der Anteil der gewählten Parlamentarier mit Unterstützung des Privatkapitals höher als jener ohne. Auch zeigte sich, daß die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Wahl direkt mit der Anzahl der Unternehmen korrelierte, die ein Abgeordneter im Rücken hatte.¹⁶

Bei den Dezemberwahlen 1992 waren die Verhältnisse ähnlich. Allerdings hatte die Opposition, deren Kandidaten in der Regel über nicht annähernd die gleichen "Mobilisierungsreserven" verfügen wie ihre KMT-Konkurrenten, den Kampf gegen "money politics" (*fan chin-ch'üan*) diesmal zu einem überaus erfolgreichen Wahlslogan gemacht. Zahlreiche KMT-Politiker, deren Namen für eine enge Verquickung von Wirtschaft und Politik stehen, scheiterten sang- und klanglos in ihren Wahlkreisen.¹⁷ Gleichzeitig konnten viele der erklärten Gegner dieser Verfilzung - einige davon auch in der KMT - außerordentliche Stimmengewinne einfahren. Dennoch sind mindestens 35 der 101 frei gewählten Abgeordneten als "goldene Kühe" (*chin-niu*) - also als Politiker mit massiver Unterstützung des taiwanesischen Privatkapitals - bekannt.¹⁸ Der tatsächliche Anteil dürfte aber viel höher liegen, da viele Zuwendungen nicht publik werden. Wahlkampf auf Taiwan ist noch immer eine sehr informelle Angelegenheit und unterliegt einem in asiatischen Gesellschaften ohnehin beeindruckenden klientelistischen Politikverständnis. Daß viele Abgeordnete im Legislativ Yuan tatsächlich auch Politik im Sinne der Unternehmerschaft machen, erschließt sich jedem interessierten Beobachter schon nach kurzer Zeit und wird zunehmend wissenschaftlich dokumentiert.¹⁹

Daraus erhellt, daß der Legislativ Yuan - nach einer vierzigjährigen Paralyse - von den mächtigen gesellschaftlichen Gruppen als strategische Machtquelle erkannt worden ist. Die Opposition hat der politischen Korruption zwar den Kampf erklärt, doch auch sie ist nicht völlig frei von der informellen Einflußnahme solcher Gruppen. Es zeigt sich aber, daß die Politisierung der taiwanesischen Gesellschaft bereits soweit vorangeschritten ist, daß eine Anti-Korruptionskampagne ihr Wahlverhalten spürbar beeinflusst. Dieser Tatbestand kann den Legislativ Yuan davor bewahren, zum Manipulationsinstrument der Behüter politischer Pfründe zu werden.

Parlamentsfaktionalismus nach japanischem Muster?

Die zunehmende politische Bedeutung des Legislativyuans konnte schon seit 1986 beobachtet werden, als die DFP - damals noch eine illegale Partei - erstmals auf den Bänken Platz nahm. Das erste Mal in seiner Geschichte rückte das Parlament überhaupt in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Nach den Wahlen des Jahres 1989 zogen 101 neue zusätzliche Abgeordnete in die Volksvertretung ein. Nach dem 31. Dezember 1991, als die letzten "alten Abgeordneten" in die Zwangspensionierung geschickt wurden, waren diese zusammen mit den 29 Vertretern der Überseechinesen für etwa ein Jahr unter sich. In dieser kurzen Zeitspanne zwischen 1986 und den Dezemberwahlen 1992 erarbeitete sich der Legislativyuans ein völlig neues Profil. Besonders deutlich wurde dies 1991, als das Parlament mit entschlossenen legislativen Maßnahmen die politische Strafgesetzgebung entschärfte. Die KMT-Abgeordneten agierten dabei offenkundig ohne vorherige Feinabstimmung mit ihrer Parteizentrale²⁰ und demonstrierten einen neuen, unabhängigeren Politikstil.

Seinen sichtbarsten Ausdruck fand dieser in der Entstehung zahlreicher Parlamentsfaktionen (*p'ai-hsi*), also von - an das japanische Beispiel erinnernden - parlamentarischen Gruppierungen innerhalb der KMT. In vielen Fällen handelte es sich dabei nur um lockere Zusammenschlüsse, in denen gleichgesinnte Abgeordnete eine bessere Koordinierung bei der Vorbereitung von Gesetzesvorlagen anstrebten. Erst nach den 1989er Wahlen bemühten sich einige von ihnen um eine stärkere Institutionalisierung und Emanzipation von der Parteiführung (regelmäßige Sitzungen; Führungsstrukturen; Mobilisierung von finanzieller Unterstützung bei außerparlamentarischen Gesinnungsgenossen; Veranstaltung von Seminaren und gemeinsamen Informationsreisen; vor allem aber: Bildung von Stimmenblocks bei Gesetzesentscheidungen).²¹ Zwei von ihnen, die *Wisdom Coalition* und die *New Kuomintang Alliance*, haben einen besonderen Bekanntheitsgrad erlangt.

Die *Wisdom Coalition* war mit ca. 50 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste parlamentarische Gruppierung im letzten Legislativyuans. Sie wird der Hauptströmung des Präsidenten Lee Teng-hui zugeordnet und tritt für eine primär an taiwanesischen Interessen ausgerichtete Politik ein. Im Klartext bedeutet dies eine Distanz zu den festlandchinesischen Kräften in der Partei bis hin zu einer mehr oder minder unverhohlenen Infragestellung der China-Politik der KMT. Den engagiertesten Politikern der Faktion wird von den Parteikonservativen insofern folgerichtig offene Sympathie für die taiwanesischen Unabhängigkeit vorgeworfen. Die Medien diskutierten zeitweilig sogar die Möglichkeit eines gemeinsamen Übertritts der *Wisdom Coalition* zur Opposition und die damit verbundene Gefahr eines Auseinanderbrechens der Regierungspartei. Diese Prognose entbehrte jeder realistischen Grundlage, doch schien sich eine wachsende Hinorientierung des Legislativyuans zu einer mehr taiwanesischen denn gesamtchinesischen Identität anzukündigen. Dieser Gefahr versuchte die *New Kuomintang Alliance* mit einer dezidierten pro-chinesischen Strategie entgegenzutreten. Obgleich sie im vorangegangenen Legislativyuans nur rund ein Dutzend Mitglieder zählte, genoß sie die volle Unterstützung der Anti-Hauptströmung und der Militärfraktion in der Partei. Dadurch war ihr Einfluß beträchtlich und sie hat ihn gezielt gegen die *Wisdom Coalition* eingesetzt.

Allerdings wäre es falsch, beide Faktionen als die "parlamentarische Verlängerung" des Linienkampfes im zentralen Parteiapparat zu bezeichnen. Vielmehr haben die Faktionen von dieser ideologischen Auseinandersetzung oft genug profitiert und konnten sie als strategisches Mittel einsetzen, sich Unterstützung aus der Parteispitze für ihre eigenen politischen Ziele zu sichern. Diese liegen insbesondere bei der Interessenwahrung der eigenen Klientel. Die engen geschäftlichen Beziehungen der Parlamentsfaktionen zur taiwanesischen Unternehmenswelt sind hinreichend bekannt. Aber auch andere der KMT nahestehende strategische Gruppen wie das Militär und liberale Professionals haben die Parlamentsfaktionen zu ihren Ansprechpartnern gemacht. Die KMT wird insofern nach der letzten Wahl des Legislativyuans zu einer neuen Kooperationsbasis mit ihren Abgeordneten finden müssen, um ihre Direktiven zukünftig durchsetzen zu können. Die wachsende finanzielle Unabhängigkeit der Parlamentarier von der Parteikasse stärkt dabei wohl kaum die Verhandlungsposition der Parteiführung. Der frühere Parteizentralismus befindet sich in der Auflösung, was jedoch der taiwanesischen Demokratie prinzipiell nur gut tun kann.

Seit den Dezemberwahlen hat die *Wisdom Coalition*, nach überraschenden Wahlniederlagen und Austritten, zahlreiche ihrer bekanntesten Mitglieder verloren. Ob die Faktion in ihrer bisherigen Form weiterbestehen kann, ist daher noch nicht entschieden. Sicher aber ist jetzt schon, daß die Hauptströmung auch in Zukunft durch eine oder mehrere Faktionen vertreten sein wird.²² Die *New Kuomintang Alliance* hingegen brachte nahezu alle ihrer Mitglieder in den neuen Legislativuan und hat derzeit regen Zulauf. Mit ihr wird man in Zukunft noch stärker rechnen müssen. Interessant wird es ferner sein, die künftigen Entwicklungen innerhalb der nunmehr 51 Abgeordnete umfassenden DFP-Fraktion zu beobachten. Die größte Oppositionspartei leidet bekanntlich schon seit ihrer Gründung unter Faktionskonflikten, die sich entlang der Haltung zur Unabhängigkeitsfrage definieren. Ob diese Spannungen auf die Parlamentarier übergreifen und auch innerhalb des DFP-Caucus zu institutionellen Abgrenzungen führen, bleibt abzuwarten. Im Sinne einer effektiven Oppositionsarbeit der DFP-Minderheit will die Parteiführung sie um jeden Preis vermeiden.

Die Institutionalisierung eines genuinen taiwanesischen Parlamentsfaktionalismus wird sich in der Zukunft sicherlich fortsetzen. Ob dieser sich langfristig sogar zu einem "japanischen Zweitmodell" entwickelt, darf zumindest nicht ausgeschlossen werden. Die oben ausgeführten Bindungen der Parlamentarier an die strategischen Gruppen der Gesellschaft (vor allem zur taiwanesischen Unternehmenswelt) und die gleichzeitige Horizontalisierung der parteiinternen Machtstrukturen scheinen eine solche Prognose eher zu erhärten.

Kabinettsprinzip oder Präsidialprinzip?

Die möglichst umfassende Repräsentation gesellschaftlicher Interessen ist eine wichtige Funktion des Parlaments. Eine andere besteht darin, diese Interessen auch auf der institutionellen Ebene wirksam in Politik umsetzen zu können. Hier gibt es jedoch noch eine Reihe von verfassungsrechtlichen Problemen, die aus der autoritären Vergangenheit Taiwans erwachsen sind.

Am 25. Dezember 1946 beschloß die Nationalversammlung - damals noch auf dem chinesischen Festland - eine bis heute gültige Verfassung, deren demokratischer Gehalt durchaus mit westlichen Entwürfen vergleichbar ist. Durch das

Kriegsrecht und eine spezielle Notstandsgesetzgebung war dieses Gesetzeswerk - vom Regime Chiang Kai-sheks nach Taiwan "exportiert" - jedoch über vierzig Jahre de facto außer Kraft gesetzt. Der Generalissimo und später sein Sohn Chiang Ching-kuo herrschten in beinahe absoluter Machtvollkommenheit. Nach der Aufhebung der letzten Sondergesetze am 1. Mai 1991 durch Lee Teng-hui gilt nun die alte Verfassung erstmals - und offenbart seitdem ihre immanente strukturelle Schwäche. Anders als in westlichen Staaten kennt Taiwan nicht nur die klassische Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative. Es kommen hier noch zwei weitere veritable chinesische Organe - Prüfungsyuan und Kontrollyuan - sowie ein Staatspräsident und eine Nationalversammlung hinzu. Obwohl die Kompetenzen von Justiz-, Kontroll- und Prüfungsyuan durch den zweiten Verfassungszusatz vom Mai 1992 mittlerweile geregelt sind, so gilt dies keinesfalls für die Beziehungen zwischen den anderen Institutionen. Zwar hat sich in den letzten Jahren zwischen ihnen ein labiles Gleichgewicht eingependelt, doch Verfassungskrisen stehen ständig latent im Raum. Insofern gibt es einen kaum aufschiebbaren Handlungsbedarf der politisch Verantwortlichen.

Obleich der ursprüngliche Wortlaut der taiwanesischen Verfassung auf ein eher dem Kabinettsprinzip verpflichtetes politisches System verweist, haben die letzten Verfassungszusätze die Position des Präsidenten gestärkt und auch die Nationalversammlung aufgewertet. Schon jetzt, in Zeiten einer allgemeinen und auch innerhalb der KMT wirkenden politischen Demokratisierung und Lagerbildung, ist dieser Tatbestand problematisch. Sollten die verschiedenen Institutionen jedoch einmal von unterschiedlichen politischen Parteien angeführt werden, könnte das gesamte politische System in die Krise geraten. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen:

1. Der Premierminister wird vom Präsidenten ernannt und muß vom Legislativ-yuan mehrheitlich bestätigt werden (Art. 55). Zwar ist er vor dem Parlament rechenschaftspflichtig (Art. 57), kann aber nicht direkt von ihm abberufen werden. Auch gehört die gesamte Regierung dem Parlament nicht an. Der Legislativ-yuan kann also nicht - z.B. auf dem Wege eines "konstruktiven Mißtrauensvotums" nach deutschen Muster - die Bildung einer neuen Regierung erzwingen, sondern ist dazu auf den Rücktritt des Premierministers und eine daran anschließende Neuberufung durch den Präsidenten angewiesen. In der bisherigen politischen Praxis auf Taiwan trat der Chef des Exekutivyuans immer im Anschluß an die Neuwahl eines Legislativyuans oder nach dem Amtsantritt eines neuen Präsidenten zurück. Obleich es niemals klare rechtliche Bestimmungen dafür gab, übte der Präsident stets den entscheidenden Einfluß auf die Regierungsbildung aus. Dies kann zukünftig zu ernsthaften Problemen führen, wie sich nach den Dezemberwahlen 1992 bereits andeutete. Hao Po-ts'un zögerte, der Forderung Lee Teng-huis nach einem Rücktritt nachzukommen und wollte diese Entscheidung sogar vom Ständigen Ausschuß der KMT getroffen sehen. Daß ein Parteiorgan jenseits jeder staatsrechtlichen Regelung über die Ernennung des Regierungschefs befinden soll, sagt einiges über das Verfassungsverständnis des Ex-Generals aus. Doch abgesehen davon kommt es ohne Zweifel zur Verfassungskrise, wenn sich der

Premierminister weigert zurückzutreten. Diese Konstellation wäre denkbar, wenn entweder die Mehrheit des Legislativyuans oder aber der Präsident einer anderen Partei angehören.

2. Während die allgemeine gesetzgebende Kompetenz beim Legislativyuan (Art. 62) liegt, werden Verfassungsänderungen von der Nationalversammlung beschlossen. Letztere gibt ihre Zustimmung zu den vom Präsidenten ernannten Mitgliedern des Justiz-, Kontroll-, und Prüfungsyuans (Art. 13, 2. Verfassungszusatz). Der Präsident verkündet die Gesetze, wozu er die Gegenzeichnung des Premierministers und des betroffenen Ressortministers benötigt (Art. 37). Darüber hinaus hat er v.a. den Oberbefehl über die Streitkräfte, schließt internationale Verträge ab, kann das Kriegerrecht ausrufen, vermittelt bei Streitigkeiten zwischen den einzelnen Yuans und ernennt alle zivilen und militärischen Beamten (vgl. Art. 35ff). Er ist allein der Nationalversammlung rechenschaftspflichtig (Art. 11, 2. Verfassungszusatz), die ihn mit einer Zweidrittelmehrheit abberufen kann (Art.12, 2. Verfassungszusatz). Auch hier stellt sich die Frage, wie sich dieses komplizierte Geflecht von gesetzlich nicht immer klar voneinander abgegrenzten Zuständigkeiten entwirren soll, wenn die einzelnen Gremien von unterschiedlichen parteipolitischen Mehrheiten getragen werden. Gerade die letzten Wahlen haben gezeigt, daß eine Regierungsbeteiligung der Opposition kein Papiertiger mehr ist.

Ungeklärt ist auch noch eine andere Frage, die für die parlamentarische Zukunft Taiwans von entscheidender Bedeutung werden wird: die Wahl des Staatspräsidenten. Bisher lag dieses Recht eindeutig bei den Abgeordneten der Nationalversammlung. Jetzt heißt es dazu in Artikel 12 des 2. Verfassungszusatzes lapidar:

"... Die Art der Wahl (des Staatspräsidenten, G.S.) wird von einem vom Präsidenten bis zum 20. Mai 1995 einzuberufenen Sonderkongreß der Nationalversammlung beschieden."

Dieser Kompromißregelung waren im Frühjahr 1992 nicht nur heftige Kontroversen zwischen DFP und KMT, sondern auch ein handfester Streit in der KMT selbst vorausgegangen. Es ist bisher noch völlig offen, wie er in zwei Jahren entschieden werden wird. Unumstritten ist jedoch, daß es eine verfassungsrechtliche Klarstellung geben muß. Prinzipiell stehen zwei Modelle zur Diskussion:

- a) die Direktwahl des Präsidenten und ein darauf aufbauendes Präsidialsystem (*tsung-t'ung-chih*) amerikanischen oder französischen Musters;
- b) ein Kabinettsystem (*nei-ko-chih*), in dem die Regierung dem Parlament verantwortlich ist und der Präsident sich auf weitgehend repräsentative Aufgaben beschränkt (wie etwa in Deutschland).

Es ist aus mehreren Gründen unwahrscheinlich, daß sich die zweite Variante in ihrer Reinform durchsetzen wird. Zwar diskutiert man seit ca. zwei Jahren heftig darüber, ob der Präsident direkt vom Volk oder indirekt von der Nationalversammlung gewählt werden solle. Doch sowohl für die KMT als auch für die DFP steht es eigentlich außer Frage, daß das Staatsoberhaupt keinesfalls weniger

Macht als bisher besitzen solle. Ein Präsident mit allein repräsentativen Aufgaben ist daher vor allem ein Thema in akademischen Zirkeln. Diese Ausgangskonstellation ist für den Legislativ Yuan von einiger Bedeutung.

Sollte man sich auf die Direktwahl des Präsidenten einigen, so wäre die Nationalversammlung im Prinzip überflüssig und könnte - genau so wie es die demokratische Opposition und inoffiziell auch Teile der KMT fordern - abgeschafft werden. Damit hätten die einflußreichen Parteikonservativen und die Abgeordneten dieses im Dezember 1991 gerade neu gewählten Gremiums jedoch gleichermaßen Probleme: die einen, weil sie darin die definitive Absage an den Alleinvertretungsanspruch Taiwans für Gesamtchina sehen; die anderen, weil sie ihre politischen Privilegien und Einflußmöglichkeiten ungern aufgeben.²³ Problematisch dürfte bei diesem Szenario insbesondere das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Legislativ Yuan werden. Zweifellos müßte ein direkt vom Volk gewählter Präsident noch größere exekutive Befugnisse haben als bisher und stärker an die Regierung gebunden sein. Sein Verhältnis zum Parlament bedarf dann einer Neudefinition.

Eine indirekte Wahl würde - wie bisher - wahrscheinlich durch die Abgeordneten der Nationalversammlung erfolgen. In diesem Falle käme es zur Festbeschreibung dessen, was der renommierte taiwanesishe Soziologe Hu Fu (und andere) als die "doppelte Regierungsmacht" (*shuang-fang chih-ch'üan*) bezeichnet haben: auf der einen Seite stünden der Präsident und die Nationalversammlung, auf der anderen der Legislativ Yuan und der Exekutiv Yuan. Dann wäre zu klären, wie in Zukunft eine neue Regierung zu bilden ist. Entweder müßte verfassungsrechtlich festgelegt werden, daß der Premierminister prinzipiell vom Präsidenten ernannt und abberufen wird. Oder aber man verankert das Prinzip der französischen "Cohabitation", nach der Präsident und Premier zwar unterschiedlichen Parteien angehören können, die Regierung aber grundsätzlich aus der Mehrheit des Parlaments hervorgeht.

Natürlich kann hier nur ein kleiner Ausschnitt aus der gesamten verfassungsrechtlichen Problematik betrachtet werden. Dennoch lassen sich unter Berücksichtigung des derzeitigen Kräfteverhältnisses zwischen DFP und KMT einerseits und zwischen den verschiedenen KMT-Lagern andererseits einige Prognosen zur Zukunft des Legislativ Yuans stellen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß dieser gestärkt aus den noch durchzuführenden Reformen hervorgehen wird. Seine heute schon erreichte Legitimation als höchste demokratische Entscheidungsinstanz stellt jene der Nationalversammlung weit in den Schatten. Insbesondere die jüngeren Abgeordneten der KMT haben sich hier durch ihre Wahlkreisbasis und "alternative Geldquellen" eine beachtliche Autonomie von der Parteizentrale erkämpft. Für sie ist der Legislativ Yuan die strategische Arena für eine selbstbestimmtere Politik, wie sie in dieser Form noch vor wenigen Jahren unvorstellbar war. Wenn es zukünftig auch einen starken, mitunter direkt vom Volk gewählten Präsidenten geben sollte, würde er sich nicht mehr über das Parlament hinwegsetzen können. Präsident und Legislativ Yuan werden sich die Macht teilen müssen, und der Exekutiv Yuan wird seine bisherige Unabhängigkeit vom Parlament einbüßen. Auch wenn die Nationalversammlung als Gremium erhalten bliebe, wird der Legislativ Yuan kaum Kompetenzen an sie abtreten.

Fazit

Der Legislativ Yuan der Republik China ist mit den ersten gesamt-nationalen Wahlen im Dezember 1992 zu einer vollwertigen Volksvertretung geworden. Die KMT, die dieses Gremium über vierzig Jahre eisern kontrollierte, muß nach dem endgültigen Ausscheiden der "alten Abgeordneten" die Kooperation mit ihren eigenen Parlamentariern auf eine neue Grundlage stellen. Der sich verstärkende Parlamentsfaktionalismus zeigt, daß die KMT-Abgeordneten den in der Partei tobenden Machtkampf zur Erköpfung größerer Spielräume nutzen. Da die Abgeordneten eng an ihre politische Klientel - sowohl die Wähler als auch die zahlreichen finanziellen Gönner - gebunden sind, dürften sich die Interessenkonflikte mit der stärker ideologisch orientierten Parteiführung verschärfen. Erschwerend kommt dabei hinzu, daß die Abgeordneten der KMT kaum Positionen im zentralen Parteiapparat ausfüllen. Hier muß die Parteiführung in ihrem eigenen Interesse etwas ändern.

Der konkrete Ausgang der derzeitigen Verfassungsdebatte ist zwar nur schwer abzuschätzen, aber der Legislativ Yuan wird in jedem Fall gestärkt aus ihr hervorgehen. Entscheidendes Kriterium dafür sind die heute bereits hoch anzusiedelnde Legitimation des Parlaments und die stärker verankerte "demokratische Praxis" breiter Bevölkerungsschichten. Der Erfolg der DFP bei den letzten Parlamentswahlen hat zudem neue Erwartungen bei der demokratischen Opposition geweckt und geholfen, sie noch stärker vom "systemimmanenten Weg" zu überzeugen. Jede Entwertung des erreichten Grades an parlamentarischer Freiheit durch eine falsche Verfassungskonstruktion würde die DFP und ihre Anhänger zwangsläufig radikalisieren und den Demokratisierungsprozeß gefährden.

Anmerkungen

- 1) Chu Kao-cheng machte sich nach seinem ersten Einzug in den Legislativ Yuan 1986 einen Namen als "Parlamentsrambo", weil er Auseinandersetzungen mit seinen politischen Gegnern häufig handgreiflich austrug. Er gehörte ursprünglich der DFP an, trat jedoch wegen seiner abweichenden Haltung in der Unabhängigkeitsfrage 1990 aus dieser Partei aus. Mit der CSDP will der populäre Politiker nach seinen eigenen Worten die Sozialdemokratie deutscher Tradition mit der chinesischen Kultur vereinen. Auch unterstützt seine Partei die Wiedervereinigung mit dem Festland. Der Einfluß der CSDP ist derzeit sehr gering. Bei den Parlamentswahlen erreichten ihre 22 nominierten Kandidaten ganze 1,55% der Gesamtstimmen.
- 2) Nach dem System Taiwans kann dieselbe Partei mehrere Kandidaten in einem Wahlkreis aufstellen, die dann - bei einer zuvor festgelegten Zahl der Gesamtmandate - ihrem relativen Stimmenanteil entsprechend gewählt werden.
- 3) Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im März 1990 formierten sich die innerparteilichen Gegner Lee Teng-huis und versuchten einen Gegenkandidaten ins Feld zu schicken. Zu den führenden Köpfen dieser Anti-Lee-Fraktion zählten u.a. der Halbbruder des früheren Präsidenten Chiang Ching-kuo und derzeitige Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates (*kuo-chia an-ch'üan hui-i*) General Chiang Wei-kuo, der damalige Ministerpräsident Lee Huan, der Präsident des Justiz Yuan Lin Yang-kang sowie der damalige Verteidigungsminister General Hao Po-ts'un. Das unausgesprochene Bestreben dieser Gruppe, mit Chiang Wei-kuo einen Militär und Angehörigen der Chiang-Familie zu nominieren, löste auf Taiwan anhaltende Protestdemonstrationen mit mehreren zehntausend Menschen aus. Letztlich zeigte sich, daß die Konservativen, in der Hauptsache Festlandchinesen, keine ausreichende Machtbasis in der Partei mehr besaßen. Am 21. März wurde Lee Teng-hui von der Nationalversammlung mit fast 96% der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Immerhin sah dieser sich kurze Zeit später dazu gezwungen, mit Hao Po-ts'un einen einflußreichen Militärführer zum Premierminister zu ernennen.

- 4) Hao wurde im Mai 1990 zur Überraschung vieler Beobachter von Präsident Lee zum Premierminister ernannt und vom Legislativ Yuan bestätigt. Wie schon im März anlässlich der Präsidentschaftswahlen ging die demokratische Opposition auch jetzt wieder zu Zehntausenden auf die Straße. In den 32 Monaten seiner Amtszeit immer wieder heftig von der DFP attackiert, erarbeitete sich der einflussreiche Hao einen unerwarteten Zuspruch seitens der breiten Bevölkerung. Dennoch geriet er im Laufe des Jahres 1992 innerparteilich unter Druck. Die Hauptströmung wollte die Parlamentswahlen dazu nutzen, auch in der Exekutive Platz für einen Lee-Mann zu schaffen.
- 5) **Chung-kuo shih-pao**, 20. Dezember 1992. Diese Sicht der Dinge stellt die Wirklichkeit sicherlich etwas verklärt da. Mindestens drei weitere Faktoren waren für den DFP-Erfolg verantwortlich. Zum einen konnte sie mit ihrer Anti-Korruptionskampagne, die sich gegen die massive privatwirtschaftliche Unterstützung vieler KMT-Kandidaten richtete, zahlreiche unentschlossene Wähler auf ihre Seite ziehen. Zum zweiten trat sie entschieden für Steuer-senkungen ein. Und letztlich übte sie in der Frage der Unabhängigkeit Taiwans diesmal taktische Zurückhaltung.
- 6) Neben den 125 von der KMT direkt nominierten bzw. von ihr akzeptierten Kandidaten stellten sich noch weitere 33 unter ausdrücklicher Mißbilligung der Parteizentrale zur Wahl. Davon wurden immerhin sieben gewählt.
- 7) Von 25 Kandidaten der Wisdom Coalition kamen lediglich 15 durch. Unter den Verlieren befanden sich einige der bekanntesten Kritiker der Parteikonservativen wie z.B. Wu Tze, Lin Yü-hsiang und Chang P'ing-chao.
- 8) Es handelt sich hier angeblich um 38 Abgeordnete (vgl. z.B. Hsin Hsin Wen <**The Journalist**>, Nr.302, 20.-26. Dezember 1992, S.21).
- 9) Chao Shao-k'ang hatte seit Mai 1991 die auf KabinettsEbene angesiedelte Environment Protection Administration (*huan-ching pao-hu-shu*) geleitet, bevor er sich wenige Wochen vor den Wahlen von diesem Posten zurückzog. Chao, ein Festlandchinese in zweiter Generation, hatte schon bei den Parlamentswahlen 1989 das beste aller Ergebnisse erzielt. Er gilt als heißer Favorit für das Amt des 1994 erstmals in freier Wahl zu bestimmenden Bürgermeisters von Taipeh. Wang Chien-hsüan, Finanzminister unter Premier Hao, mußte nach umstrittenen Vorschlägen zu einer neuen Steuer auf Immobilientransaktionen im Oktober 1992 zurücktreten. Während seiner Amtszeit hatte er sich den Ruf eines unbestechlichen Politikers erworben (vgl. auch **China aktuell**, Oktober 1992, S.705f.).
- 10) Es gibt in der Verfassung Taiwans keine Bestimmung, die den Premierminister nach der Wahl eines neuen Legislativ Yuans zum Rücktritt zwingt. Trotzdem war gerade dies bisher gängige politische Praxis auf Taiwan. Hao zögerte jedoch und wurde von den Parteikonservativen darin bestärkt, die Machtprobe mit Präsident Lee zu suchen. Als klar wurde, daß Hao nicht zu halten war, verlegte sich die Anti-Hauptströmung auf die innerparteiliche Mobilisierung zugunsten Lins. Dieser hatte schon bei den verdeckten Anti-Lee-Aktionen der Konservativen im Frühjahr 1990 eine wichtige Rolle gespielt. Am Ende mußte die Anti-Hauptströmung aber auch hier zurückstecken.
- 11) Vgl. hierzu den ergebnisreichen von Hsiao Hsin-huang herausgegebenen Sammelband **Pien-ch'ien chung-t'ai-wan she-hui teh chung-ch'an chieh-chi** (Die Mittelklasse in der sich verändernden Gesellschaft Taiwans), Taipeh: Chenliu-Verlag, 1989.
- 12) Vgl. hierzu Schubert, Gunter, "Constitutional Politics in the Republic of China: The Rise of the Legislative Yuan", **Issues & Studies**, 28 (März 1992) 3, S.21-37.
- 13) Vgl. Chang Mao-kui, **She-hui yun-tung yu cheng-chih chuan-hua** (Soziale Bewegungen und politischer Wandel), Taipeh: National Policy Research Center, 1990.
- 14) Jeder KMT-Kandidat wird nur zu einem geringen Prozentsatz von seiner Partei unterstützt und ist im wesentlichen, wie z.B. auch in den USA, auf die eigenen finanziellen Mittel angewiesen. Die Wahlkampfausgaben für ein nationales Mandat belaufen sich auf astronomische Summen. Beträge zwischen umgerechnet 2-3 Millionen Mark sind die Regel.
- 15) 38 der Parlamentarier saßen als Direktoren und Aufsichtsräte in den Chefetagen der größten Unternehmen und verfügten über von letzteren finanzierte Assistenten und Chauffeurs (**Shang-yeh chou-k'an** <**Business Weekly**>, 22. September 1991).
- 16) **Shang-yeh chou-k'an**, 11. Dezember 1989.
- 17) Völlig überraschende Niederlagen mußten z.B. die "goldenen Kühe" (*chin-niu*) Wang Ling-lin (jüngster Sohn des Präsidenten der Rebar-Gruppe), Shen Shih-hsiung (früherer Vize-Präsident des Legislativ Yuan) und Chang P'ing-chao (einflussreicher Geschäftsmann im Kredit- und Anlagegewerbe) einstecken. Andere wie z.B. der als einer der zehn reichsten Männer Taiwans geltende Ts'eng Chen-nung schafften es nur außerordentlich knapp.

- 18) Zu den bekanntesten zählen Wen Ta-ming (Kapitaleigner des familiengeführten Hualoong-Konzerns), Liu Sung-shen (Präsident des Legislativyuans) und Wang Chin-p'ing (bisheriger stellv. Fraktionsvorsitzender der KMT und neuer Vizepräsident des Legislativyuans). Nur vier gehörten nicht der KMT an! Für eine genauere Auflistung der "Firmenunterstützung" der einzelnen Abgeordneten vgl. **Chung-kuo shih-pao**, 20.Dezember 1992, sowie **Hsin Hsin Wen**, Nr. 303, 21.-27.Dezember 1992, S.18ff.).
- 19) Vgl. z.B. Research, Development, and Evaluation Commission, Executive Yuan, **Li-yi t'uan-t'i ts'an-yü cheng-chih kuo-ch'eng chih yen-chiu** (Studie über die Beteiligung von Interessengruppen am politischen Prozeß), Taipei 1989.
- 20) Als im Mai 1991 fünf junge Taiwanesen unter dem Verdacht der Vorbereitungen zu einem politischen Umsturz von den Sicherheitskräften verhaftet wurden, brach ein Sturm des öffentlichen Protestes los. Zwar hatten alle tatsächlich Kontakte zu der auf Japan ansässigen Association of an Independent Taiwan (*tu-li t'ai-wan-hui*) gehabt, aber die Schwere der Anklage schien völlig aus der Luft gegriffen. Nach den geltenden Landesverratsgesetzen hätte theoretisch sogar die Todesstrafe über die jungen Leute verhängt werden können. Das Parlament schaffte noch im selben Monat die schärfsten dieser Bestimmungen ab. Nach längeren Diskussionen wurde ein Jahr später dann auch der kritische Artikel 100 des Strafgesetzbuches durch den Legislativyuan revidiert. Seitdem ist ein Eintreten für die taiwanesishe Unabhängigkeit durch die Redefreiheit geschützt. Ein gewaltsamer Umsturzversuch kann zwar weiter mit einer lebenslangen Freiheits- oder der Todesstrafe geahndet werden, unterliegt nun aber einen genaueren rechtlichen Eingrenzung (vgl. **Ching-chi jih-pao**, 18.Mai 1991; **Lien-ho-pao**, 22.Mai 1991; **Tzu-li chou-pao**, 22. Mai 1992).
- 21) Zu den wichtigsten Parlamentsfraktionen zwischen 1989 und 1992 vgl. Schubert, Gunter, **a.a.O.** Wenig erforscht ist bisher auch das Innenleben der alten, schon auf dem Festland gegründeten Partei- und Parlamentsfraktionen der Nationalisten. Es ist ein Mythos, der KMT zu irgendeiner Phase ihrer Geschichte - auch nicht auf dem Höhepunkt der Macht Chiang Kai-sheks - eine wirkliche innere Geschlossenheit zuzuschreiben. Vgl. hierzu Yang Hsü-sheng (Hrsg.), **P'ou-hsi kuo-min-tang p'ai-hsi** (Analyse der KMT-Faktionen), Taipei: Fengyün, 1985.
- 22) Zur Zeit der Abfassung dieses Manuskriptes Anfang März 1993 diskutierten Mitglieder der Wisdom Coalition und der Jadeberg (*yü-shan*)-fraktion Ts'eng Chen-nungs über die Gründung einer neuen mainstream-Gruppierung (vgl. **Hsin Hsin Wen**, Nr. 311, 21.-27.Februar 1993, S.46f.).
- 23) Aus diesem Grunde kämpft die Nationalversammlung verbissen um mehr Kompetenzen. Ihre Abgeordneten wollen u.a. die Budgetkontrolle, die bisher im Zuständigkeitsbereich des Legislativyuans liegt, in ihr Gremium hinüberziehen.